

19.07.2011
Sperrfrist: keine

Mehr Augenmaß notwendig

Vitako zum Stopp der Arbeitnehmerdatenbank „ELENA“

Berlin, 19. Juli 2011. Die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister nimmt zur Einstellung des ELENA-Verfahrens durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) wie folgt Stellung:

Die ursprünglich für 2012 geplante und dann auf 2014 verschobene Einführung des „elektronischen Einkommensnachweises“ (ELENA) war von Anbeginn mit erheblichen Kosten verbunden. Sowohl die Wirtschaft als auch Bund und Kommunen haben in nicht unbeträchtlichem Ausmaß finanzielle Vorleistungen erbracht. Auch die kommunalen IT-Dienstleister haben erhebliche Mittel für die technische Umsetzung des ELENA-Verfahrens aufgewendet.

Für die Zentrale Speicherstelle bei der Deutschen Rentenversicherung, an die seit Januar 2010 die Arbeitnehmerdaten auf elektronischem Weg geschickt werden, hat der Bund ein Darlehen von 55 Mio. Euro übernommen. Die kommunalen Spitzenverbände haben die Kosten für den Einsatz des ELENA-Verfahrens auf 200 Mio. Euro beziffert und für volkswirtschaftlich nicht vertretbar gehalten. Lediglich der Wirtschaft ist Elena als Entlastung verkauft worden. Von über 90 Mio. Euro Einsparungen ist die Rede gewesen – wenn das Verfahren eingeführt worden wäre.

„Der Kardinalfehler bei ELENA war, das Antragsverfahren mit der qualifizierten elektronischen Signatur durchführen zu wollen“, sagt Vitako-Vorstandsvorsitzender Peter Kühne. „Dies hat den bürokratischen Aufwand und die damit verbundenen Kosten explodieren lassen. Vor allem die Kommunen wären davon betroffen gewesen. Hier muss man für künftige Lösungen sicherlich auch andere Formen der sicheren elektronischen Kommunikation auf ihre Brauchbarkeit hin überprüfen.“

PRESSEKONTAKT:

Vitako Bundesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. – Pressesprecherin: Dr. Marianne Wulff – Markgrafenstraße 22 - D- 10117 Berlin - Tel.: 030 2063156-0 - Fax.: 030 2063156-22 – E-Mail: presse@vitako.de – www.vitako.de

PRESSEINFORMATION



19.07.2011
Sperrfrist: keine

Vitako hält es weiterhin für sinnvoll, bestimmte Verwaltungsverfahren elektronisch abzuwickeln. Künftig ist hier aber mehr Augenmaß und Umsicht notwendig. Es gilt sowohl Datenschutzanforderungen sorgsamer zu beachten, als auch insgesamt Lösungen zu finden, die machbar, umsetzbar und finanzierbar sind. Es kann nicht angehen, dass bei der Einführung von elektronischen Verfahren lediglich an Einsparungen für die Wirtschaft gedacht wird. Der Blick muss geöffnet werden für die Kommunen und die kommunalen IT-Dienstleister.

Vitako ist die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Zurzeit gehören 54 IT-Dienstleister aus 14 Bundesländern dem bundesweiten Netzwerk an. Insgesamt betreuen die Mitgliedsunternehmen über 500.000 IT-Arbeitsplätze in mehr als 10.000 Kommunen. In der Bundes-Arbeitsgemeinschaft pflegen sie den ständigen gegenseitigen Austausch von Erfahrungen, Kompetenzen und Strategien. Vitako bündelt so das gesamte Know-how der kommunalen IT-Dienstleister.

PRESSEKONTAKT:

Vitako Bundesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. – Pressesprecherin: Dr. Marianne Wulff – Markgrafenstraße 22 - D- 10117 Berlin - Tel.: 030 2063156-0 - Fax.: 030 2063156-22 – E-Mail: presse@vitako.de – www.vitako.de